Die NachDenkSeiten hatten am letzten Montag über das blutige Vorgehen der Junta gegen die Demonstranten berichtet. (Blutsonntag in Myanmar) Mindestens 18 Menschen waren an diesem Tag erschossen worden. Am vergangenen Mittwoch, 3. März, bewiesen die Sicherheitskräfte, dass sie es noch besser können: Am Mittwoch wurden 38 Menschen von der blutrünstigen Soldateska im Dienste der burmesischen Junta ermordet. Es war ein Tag der erneuten Eskalation im Krieg der Junta gegen ihr eigenes Volk, gegen unbewaffnete Demonstranten, die sich der Machtübernahme vom 1. Februar widersetzten. Mit scharfer Munition töteten sie Menschen im ganzen Land und verwundeten viele weitere. Es wird von Opfern in Mandalay, Monywa, Myingyan, Salay und Mawlamyine berichtet. Von **Jinthana Sunthorn, Hongkong**, Übersetzung von der Redaktion.

Am Donnerstag erstach eine Bande von 25 USDP-Anhängern einen Dorfvorsteher und seinen Neffen, weitere sechs Familienmitglieder wurden verletzt. Der Anführer des Überfalls hatte bei den letzten Wahlen für die USDP, die Partei der Militärjunta, kandidiert und gegen die NLD verloren. Bei ihrem Mordüberfall auf den Dorfvorsteher und sechs seiner Familienangehörigen riefen die Angreifer: “Tötet sie alle“.

Die ganze Woche hindurch schossen Polizei und Militär mit scharfer Munition auf unbewaffnete Demonstranten. Die Bilanz liegt inzwischen bei insgesamt über 50 Toten und hunderten von Verletzten. Auch am gestrigen Sonntag gingen die Demonstrationen weiter und auch gestern gab es wieder Tote und Verwundete.

Die Bewegung des zivilen Ungehorsams (CDM)

Obwohl der Putsch nicht unerwartet kam, war Burma nach dem 1. Februar für einige wenige Tage in eine Art Schockstarre versunken. Aber bereits nach wenigen Tagen formierte sich der Widerstand. Es kam zu ersten Demonstrationen und auch zu Streiks.

Bereits am Tag des Putsches hatte das medizinische Personal mit Protesten begonnen. Ihnen schlossen sich schon bald Studenten und Mitarbeiter aus den Betrieben an. Lehrerinnen und Lehrer schlossen sich nach einigen wenigen Tagen ihrerseits der Kampagne des zivilen Ungehorsams an, legten die Arbeit nieder und weigerten sich, mit den Behörden zusammenzuarbeiten.

Die CDM wurde bereits am 2. Februar von Beschäftigten des Gesundheitswesens und Beamten im ganzen Land ins Leben gerufen. Die Kampagne wurde auf Facebook unter dem Namen “Civil Disobedience Movement” (Bewegung des zivilen Ungehorsams) verbreitet. Die Bevölkerung wird dazu aufgerufen, die Militärjunta nicht anzuerkennen und sie zu boykottieren, wo immer es möglich erscheint. Unzählige Beamte aus verschiedenen

Ministerien haben bereits demissioniert und haben sich dem CDM angeschlossen. Krankenhäuser, Schulen, Banken bleiben geschlossen, Züge fahren nicht mehr, Häfen sind blockiert, LKW-Fahrer sind im Streik. Es gibt inzwischen fast keine Berufsgruppe mehr, die sich nicht der Bewegung des zivilen Ungehorsams angeschlossen hätte. Das Ziel ist es, das Land für die verhasste Militärjunta unregierbar zu machen. Die Militärjunta regiert derzeit ein Land im Stillstand. Wegen der starken Medienzensur ist es aber immer schwierig, das genaue Ausmaß der Streiks und Proteste zu erfahren.

Zusätzlich zum CDM entstand eine Kampagne, die dazu aufruft, Produkte, die von militäreigenen Firmen produziert werden, zu boykottieren. Die Bierproduktion in Burma ist vorwiegend in der Hand des Militärs, Biersorten, die vom Militär produziert werden, werden nicht mehr getrunken. Der japanische Bierproduzent Kirin, der im Joint-Venture mit dem Militär Bier braut, hat die Zusammenarbeit mit dem Militär aufgekündigt. Bier, Tabak, Tee, Busse, Telekommunikationsfirmen usw., alle Firmen, die dem Militär gehören, werden boykottiert.

Die Gegenregierung (CRPH)

Natürlich haben die Abgeordneten des Parlamentes, das am 1. Februar durch den Putsch an seiner ersten Tagung nach den Wahlen und damit an der Bildung einer neuen Regierung gehindert worden war, die Legitimität des Staatsstreiches nicht anerkannt. Am 4. Februar 2021 legten ca. 70 gewählte Abgeordnete der NLD in einem Privathaus einen Amtseid ab und versprachen, sich an das Mandat des Volkes zu halten und für eine fünfjährige Amtszeit als dessen Abgeordnete zu fungieren. Daraufhin schlossen sich etwa 300 gewählte Parlamentarier zusammen und bildeten ein Komitee zur Führung der parlamentarischen Geschäfte (CRPH) als provisorische rechtmäßige und gewählte Regierung Myanmars. Das Komitee verurteilte den Putsch als kriminell und rief alle Regierungen der Welt und deren Diplomaten dazu auf, nur alleine mit dem Komitee als rechtmäßige Vertretung des burmesischen Volkes zu verhandeln.

In seiner jüngsten Herausforderung an die Legitimität des Militärregimes des Landes hat das CRPH am Dienstag vier Minister ihrer provisorischen Regierung ernannt. Und es hat allen Beamten im Land eine Frist gesetzt, sich der Bewegung des zivilen Ungehorsams (CDM) anzuschließen. Diejenigen, die weiter für die Junta arbeiten, würden sich dem Willen des Volkes widersetzen.

Dr. Zaw Wai Soe, der Minister für Bildung, Gesundheit und Sport, Arbeit, Einwanderung und Bevölkerung, hat dazu aufgerufen, bis zum 7. März um Mitternacht Listen mit den Beamten zu erstellen, die an der CDM teilnehmen und die nicht teilnehmen. Beamte, die

sich entschieden haben, nicht am CDM teilzunehmen, würden das öffentliche Interesse missachten, warnte er.

“Dies ist die letzte Aufforderung. Die Tür des CDM wird sich schließen. Es wird zwischen Wahrheit und Lüge, Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit und Gut und Böse unterschieden werden. Entscheiden Sie sich, ob Sie dem Volk oder den Diktatoren und Mördern zur Seite stehen werden,” postete Dr. Zaw Wai Soe auf Facebook.

Er forderte auch die am CDM teilnehmenden Beamten auf, ihre Telefonnummern und E-Mails zusammen mit ihren Unterstützungsplänen bis zum 7. März um 12 Uhr über E-Mail an die CPRH-Regierung zu senden.

Der Widerstand organisiert sich

Am Freitag, 26. Februar, sprach der UN-Botschafter von Myanmar, Kyaw Moe Tun, vor der Generalversammlung der UNO. Er stellte sich auf die Seite der CPRH und bat die internationale Gemeinschaft, nicht mit dem Regime zu kooperieren, sondern dabei zu helfen, es zu entfernen, damit die Macht an die gewählte Regierung zurückgegeben werden kann.

Die Rede hat Wellen geschlagen und viele Menschen in Burma ermutigt, weiter zu kämpfen.

Das Regime hat ihn tags darauf von seinem Posten entlassen. Die UN erkennt jedoch das Regime nicht offiziell als neue Regierung Myanmars an, der Botschafter ist noch in seiner Position. Ebenso hat die CPRH in Myanmar bestätigt, dass er im Namen der gewählten Regierung noch in seiner Position sei. Die CRPH erklärte zudem, dass U Kyaw Moe Tun mit zusätzlichen Aufgaben betraut worden sei, um die auswärtigen und diplomatischen Angelegenheiten für die NLD-Regierung zu leiten, wodurch er faktisch zum Außenminister im Exil ernannt wurde.

Am Dienstag teilte die UNO mit, dass sie eine Erklärung des Außenministeriums des Putschisten-Regimes in Myanmar erhalten habe, die besagt, dass der stellvertretende Botschafter Myanmars bei den Vereinten Nationen in New York, U Tin Maung Naing zum Interimschef der ständigen Mission ernannt wurde. U Tin Maung Naing ist daraufhin sofort von seiner Ernennung zurückgetreten.

Die Junta in Myanmar rief nach der Rede von U Kyaw Moe Tu mindestens 100 diplomatische Mitarbeiter aus etwa 19 Ländern zurück, weil sie ihnen nicht mehr traut.

Die Kanzlerin des Konsulats von Myanmar in Los Angeles, Daw Mya Mya Kyi hat sich

ebenfalls der CDM angeschlossen. Sie postete auf Facebook, dass sie sich zum Streik entschlossen habe, nachdem das Militärregime sie nach Naypyitaw zurückgerufen hatte, und dass sie den Befehl des Ministeriums nicht befolgen werde, da er von einem illegitimen Militärregime stamme. Am Donnerstag gaben fünf Mitarbeiter der Botschaft Myanmars in Washington bekannt, dass sie sich an der Bewegung des zivilen Ungehorsams (CDM) beteiligen und sich weigern, für das Kabinett des Militärs zu arbeiten.

Drei Mitarbeiter der ständigen Mission Myanmars im Büro der Vereinten Nationen in Genf gaben ebenfalls bekannt, dass sie sich dem CDM anschließen. Eine weitere Diplomatin in der Botschaft Myanmars in Berlin sagte, dass sie nicht länger bereit ist, unter dem Regime zu arbeiten, und dass sie ihre Pflicht als Diplomatin weiterhin erfüllen wird, wenn das CPRH ihr Aufgaben übertrage.

Die Zeitung „The Irrawaddy“ berichtet, dass 115 Mitarbeiter des Informationsministeriums sich weigern, für die Junta in Myanmar zu arbeiten. Sie sagten, sie würden erst wieder zur Arbeit zurückkehren, wenn eine demokratisch gewählte Regierung zurückgekehrt sei.

Nicht nur Diplomaten laufen der Junta davon, auch Polizeikräfte verweigern sich, die Befehle der Militärjunta zu befolgen und gegen die Bevölkerung vorzugehen.

Jeden Tag seit Anfang Februar hatten sich Polizeiangehörige, einschließlich einiger höherer Beamter in den größeren Städten Myanmars, dem landesweiten CDM angeschlossen, bis Ende Februar waren es bereits mehr als hundert. So richtig in Fahrt kam die Sache aber erst am Blutsonntag, dem 28. Februar, mit dem Überlaufen eines Majors der Polizei von Rangun. Der machte seinen Schritt in einem Live-Stream-Video auf Facebook bekannt. „Ich möchte nicht weiter unter dem derzeitigen Militärregime dienen. Deshalb bin ich der CDM beigetreten, um zu zeigen, dass ich zu den anderen Regierungsangestellten stehe“, sagte er dort. „Ich möchte auch meinen Kollegen sagen, dass sie das tun sollen, was sie für richtig halten“, fügte er hinzu. In dem Video spricht er auch das sich verschlechternde Image der Polizei bei ihrer Rolle, der Junta zu helfen, sich gegen den Willen des Volkes an der Macht zu halten, an. An seine Kollegen gewandt sagte er, dass sie darüber nachdenken sollten, wie sie zukünftigen Generationen gegenübertreten werden, und fügte hinzu, dass viele Mitglieder der Polizei bereits jetzt „von der Öffentlichkeit diskriminiert“ werden, weil sie die Befehle des Regimes ausführen.

Zwei Tage später schlossen sich in Mandalay zwei hochrangige Polizisten der CDM an. Sie schickten Briefe an ihre Polizeichefs und veröffentlichten diese auch über ihre Facebook-Profile.

Sie sagten, dass die Militärdiktatoren Unrecht und ungesetzliche Handlungen gegen das Volk begehen, um sich an der Macht zu halten. Sie forderten ihre Polizeikollegen auf, sich dem CDM anzuschließen. Daraufhin haben sich weitere Polizisten, darunter ein Major, in Mandalay, Naypyitaw, Yangon, Bago und Kayah der Bewegung des zivilen Ungehorsams angeschlossen. Bis zum heutigen Tag sollen es, laut „Myanmar Now", entsprechend einer Polizeiquelle bereits mehr als 1500 Polizisten im ganzen Land sein, die den Dienst quittiert und sich der CDM angeschlossen haben.

Gegenmaßnahmen der Junta

Die erste Gegenmaßnahme der Junta war eine Internet-Sperre. Erst wurde den Internet-Service-Providern landesweit befohlen, Facebook zu blockieren. Als daraufhin viele Leute zu Twitter hinüberwechselten, wurde auch Twitter blockiert. Seit Mitte Februar wird das gesamte Internet nachts zwischen ein Uhr und neun Uhr morgens abgeschaltet. Zudem wurden sowohl in- als auch ausländische Nachrichtensender blockiert.

Daneben hat das Militärregime bereits mehr als tausend Menschen verhaftet, einige Quellen sprechen von 1700, und Strafverfahren gegen sie eröffnet. Die Anklagen lauten auf Diffamierung des Militärs, Verstoß gegen die öffentliche Sicherheit, Verstoß gegen das Versammlungsverbot, Verleumdung, öffentliche Ruhestörung usw. Menschen werden sogar wegen des Tragens einer roten Schleife, der Farbe der NLD, verhaftet. Die Junta hat 23.000 inhaftierte Straftäter aus den Gefängnissen entlassen, um Platz für politische Gefangene zu schaffen. Zudem benutzt sie die entlassenen Straftäter teilweise dazu, Unruhe zu stiften und um gegen Demonstranten vorzugehen.

Seit dem 8. Februar gilt in Myanmar das Kriegsrecht. Eine nächtliche Ausgangssperre von 20.00 bis 4.00 Uhr wurde verhängt und Versammlungen von mehr als 5 Personen verboten. Die Grundrechte wurden außer Kraft gesetzt. So wurde ein Gesetz erlassen, das Verhaftungen, Inhaftierungen und Durchsuchungen ohne richterlichen Befehl erlaubt. Zudem wurde ein Gesetz wieder eingeführt, das alle Einwohner verpflichtet, Übernachtungsgäste bei ihrer jeweiligen Gemeindeverwaltung anzumelden.

Bereits vor dem Putsch hatte das Militär pro-militärische Gegenproteste organisiert, um das Wahlresultat zu delegitimieren. Diese Gegendemonstrationen gehen seit dem Putsch weiter, wobei die pro-militärischen Demonstranten in der Regel mit Messern, Steinschleudern und Stöcken bewaffnet gewalttätige Angriffe auf ihre Gegner durchführen. Die Polizei schaut dabei weg oder unterstützt sie sogar. Oft werden diese „Demonstranten" für ihre Aktionen bezahlt. Unter ihnen befinden sich auch regelmäßig einige der von der Junta entlassenen, oben erwähnten Straftäter.

Die Polizei selber wird immer gewalttätiger, je länger die Demonstrationen andauern. Sie benutzt Gummigeschosse, Wasserwerfer, Blendgranaten und Tränengas, um die Demonstranten bei Kundgebungen zu zerstreuen, und seit Ende Februar wird auch mit scharfer Munition auf die Demonstranten geschossen. Militärführer Min Aung Hlaing hat ein hartes Durchgreifen und die Unterdrückung von Demonstrationen angeordnet.

Der vom Militär geführte Staatsverwaltungsrat (SAC) hat streikenden Beamten mit Strafverfolgung gedroht, da die Bewegung der CDM die Arbeit der Regierung verlangsame und die Banken geschlossen werden mussten. Polizeikräften, die den Dienst verlassen, drohen Gefängnisstrafen von bis zu zwei Jahren.

Myanmars Junta hat zudem auch Aung San Suu Kyi mit zwei neuen, haltlosen Anklagen belegt. Die nächste Gerichtsverhandlung soll am 15. März stattfinden.

Internationale Reaktionen

Angefangen bei Papst Franziskus über UN-Generalsekretär Guterres, der UNO, US-Präsident Joe Biden, der Regierung von Singapur, Boris Johnson, Frankreich, der EU; fast alle Länder haben den Staatsstreich und die exzessive Gewalt in Burma verurteilt. Alles heiße Luft und wohlfeile Worte, konkret unternommen hat kaum jemand etwas. Von dieser Seite kann das Volk von Myanmar keine Hilfe erwarten. Sogar Demonstrationen vor den Botschaften Myanmars in der ganzen Welt werden regelmäßig behindert. Eine Protestdemonstration in Thailand endete mit Verhaftungen der Demonstranten. Auch in Singapore wurden Demonstranten verhaftet, Macau erlaubt nur den Bewohnern Macaus zu demonstrieren. Anderswo werden die Proteste unter dem Vorwand von Covid 19 so weit wie möglich eingeschränkt, wenn nicht gar ganz verboten.

Enttäuschend, wenn nicht sogar beschämend, ist vor allem die Haltung Chinas, des größten Nachbarn und Handelspartners von Myanmar. China betrachtet, wie auch sein Nachbar Thailand, die Sache als rein burmesische Angelegenheit. Auch hier nur nichtssagende Worte, man solle die Gewalt beenden, man sei nicht glücklich über die Entwicklung und: man sei bereit, mit beiden Parteien zusammenzuarbeiten, um die Krise zu entschärfen, und wolle keine Partei ergreifen(!) usw. Man könnte wenigstens Tacheles reden, der Junta die Anerkennung verweigern, alle Beziehungen zu ihnen abbrechen und die CPRH offiziell als die alleinige Regierung Myanmars anerkennen. Das wäre doch schon mal was.

Wie soll der Kampf weitergeführt werden?

Viele Autoren in verschiedenen Publikationen rufen dazu auf, den Konflikt auf dem

Verhandlungsweg zu lösen. So auch vor wenigen Tagen eine Autorin in der SCMP, die meinte, man müsse mit den Militärs reden und sie wieder an Bord holen. Nur leider hat man gerade das in Burma seit bereits mehr als einem Jahrzehnt gemacht, mit dem Ergebnis, das wir heute alle sehen. Worüber soll man denn, bitteschön, jetzt noch mit der Militärjunta reden? Die Militärjunta hat mit dem Putsch alle Verhandlungsbrücken abgebrochen. Wenn es nicht so geht, wie das Militär sich das vorstellt, dann geht es eben mit Gewalt, aber nach seiner Regie.

Die Demonstranten haben keine Angst mehr, sie haben lange genug in Angst und Schrecken gelebt. Viele sagen, dass sie nicht nur die Demokratie wiederherstellen wollen, sondern einen inklusiveren Staat „mit allen“ aufbauen wollen, einen föderalen Staat also. „Wenn der gemeinsame Feind (die Junta) nicht mehr existiert, brauchen wir mehr Anstrengungen an der Basis, um das gegenseitige Verständnis zwischen allen Völkern (Burmas) zu fördern“, sagte ein Aktivist.

Auf welcher politischen Grundlage also sollte der Kampf weitergeführt werden? Was ist das Ziel? Will man nur die Regierung von Suu Kyi wieder an die Macht bringen und sie weiter unter der Oberaufsicht der Militärs „wursteln“ lassen? Suu Kyi hat, seit sie politisch aktiv ist, immer Kompromisse mit dem Militär gesucht. Im Jahre 1988, dem Jahr der Gründung ihrer Partei, hat sie das Volk, das kurz davor war, das Militär zu stürzen, beschwichtigt und aufgefordert, zu „vergessen, was passiert ist“, und den Militärs zu vertrauen, die Wahlen versprochen hatten. Die Wahlen fanden statt, gingen aber nicht so aus, wie das Militär es sich gewünscht hatte. Daraufhin wurden die Wahlen annulliert und Suu Kyi kam für etwa 15 Jahre unter Hausarrest.

Die NLD-Regierung von 2015 war das Ergebnis eines faulen Kompromisses, der auf Druck der internationalen Gemeinschaft zwischen Suu Kyi und dem Militär zustandegekommen war. Suu Kyi gab Myanmar den Anstrich einer Diktatur auf dem Weg zur Demokratie. Ein Märchen, das so schön war, dass alle, auch die „westlichen Demokratien“, es glauben wollten und ohne Gewissensbisse ihre Geschäftsbeziehungen mit der Junta ausdehnen konnten. Das Militär zur Demokratie zu bekehren, war in etwa so aussichtsreich als der Versuch, ein Nest von Vipern durch gutes Zureden zu zahmen Haustieren machen zu wollen. Der erste Februar hat dieser Illusion ein jähes und schreckliches Ende bereitet.

Um die Junta besiegen zu können, wird man sie entwaffnen und ihre Führer verhaften müssen. Und sie müssen danach vor ein Volksgericht gestellt werden. Ihre Besitztümer, die sie dem Volk geraubt haben, müssen dem Volk wieder zurückgegeben werden, besonders die MEC und die MEHL müssen verstaatlicht oder vergesellschaftlicht werden. Alles andere sind nur faule Kompromisse, die Stimmung im Volk ist eine andere. Man muss den Stall jetzt

ein für alle Mal ausmisten.

Man kann auch nicht auf unbestimmte Zeit weiterhin unbewaffnete Demonstranten auf die Straße schicken und sie von den Militärs erschießen lassen. Deshalb sollte die CPRH, als legitime und gewählte Regierung Myanmars, jetzt darangehen, bewaffnete Truppen zusammenzustellen, um die Demonstranten vor Übergriffen zu schützen. Dazu hat sie als rechtmäßige Regierung Myanmars auch verfassungsmäßig das Recht. Sie sollte jetzt, da die Polizei in großen Scharen zur CDM überläuft und erste Soldaten anfangen zu desertieren, Polizei und Militär dazu aufrufen, mit ihren Waffen überzulaufen, und zukünftige Strafen für diejenigen ankündigen, die weiter in den Diensten der Militärjunta verbleiben. Viele der Polizisten, die bereits übergelaufen sind, haben angeboten, bei der Aufstellung von Truppen zur Verteidigung zu helfen.

Die Vertretung der Karen, die KNU, gab eine Erklärung heraus, dass sie die Machtergreifung verurteile, die Proteste dagegen unterstütze und dass ihre bewaffneten Gruppen ihre Volksangehörigen gegen das Vorgehen der Militärs schützen werde. Auch die Volksgruppen im Shan-Staat verurteilten in einer Erklärung des „Committee for Shan State Unity“, einer Koalition bewaffneter ethnischer Shan-Gruppen und politischer Parteien, den Militärputsch.

Und auch die Kachin Independence Army (KIA), eine der mächtigsten Milizen Myanmars, kämpft weiterhin gegen das Militär. Fast alle der verschiedenen bewaffneten Gruppen, die seit der Unabhängigkeit Myanmars eine Autonomie anstreben, unterstützen auch die Bewegung gegen die Militärdiktatur und weisen Offerten der Junta ihnen gegenüber zurück.

Nachts patrouillieren trotz Ausgehverbot in vielen Gemeinden Volksmilizen und einige Stadtviertel haben sich bereits zu unabhängigen Gebieten erklärt, in denen die Gesetze der Junta nicht gelten.

Nur bei den Rohingya im Rakhine-Staat und bei den Mon sind die Gefühle gemischt.

Die Rohingya haben schon vor dem Wechsel unter einer autoritären Herrschaft gelebt. Suu Kyi hatte die Menschen dort enttäuscht, indem sie die Soldaten der Armee Myanmars lobte, die „ihr Leben riskieren“, um die Menschen zu schützen. Der Putsch vom 1. Februar hat für sie kaum einen Unterschied gemacht. Die Arakan National Party, die einflussreichste ethnische politische Partei im Staat Rakhine, wo die Rohingya leben, trat dem State Administrative Council (SAC) bei, das vom militärischen Oberbefehlshaber Min Aung Hlaing einen Tag nach dem Putsch gebildet wurde und die Regierung der Militärjunta bildet. Allerdings kippt auch im Rakhine-Staat die Stimmung, weil die Demonstranten nun damit

begonnen haben, die Gräueltaten des Militärs, einschließlich Mord, Vergewaltigung und Brandstiftung, anzuerkennen.

Die oben genannten Gruppen, zusammen mit den übergelaufenen Polizisten und Soldaten, könnten den Kern einer neuen Volksarmee bilden. Wenn die von der NLD geführte CRPH diesen Schritt nicht gehen will, dann sollten die Arbeiter und Studenten tun, was schon im Jahr 1988 nötig gewesen wäre: Sie müssen ihre eigenen unabhängigen Organisationsformen aufbauen.

Sie dürfen nicht darauf warten und glauben, dass Suu Kyi und die NLD sie alleine verteidigen. Die NLD repräsentiert nur eine andere Fraktion der Bourgeoisie von Myanmar als das Militär. Die NLD will die Macht des Militärs zwar beenden oder zumindest einschränken, aber nicht die Macht an das Volk übergeben. Sie sind Rivalen der Militärs, aber nicht ihre wirklichen Gegner.

Für heute, Montag, hat eine Allianz von neun Gewerkschaften einen Generalstreik ausgerufen. Gestern hatten die Streitkräfte Krankenhäuser, Schulen und öffentliche Gebäude besetzt. Zeugen berichteten, dass nach Einbruch der Dunkelheit Soldaten ihr Lager in Krankenhäusern und auf Universitätsgeländen aufschlugen. Das Militär will damit vor Ort die Streikenden einschüchtern und sie zur Arbeit zwingen.

Ein neuer Tag der Konfrontationen ist angebrochen. Der Ausgang ist ungewiss. Die Junta ist zu allem bereit, ihre Felle schwimmen weiterhin den Fluss hinunter. Die Junta steht mit dem Rücken zur Wand. Wie eine in die Enge getriebene Ratte wird sie jedem an die Gurgel springen, der sie bedroht.

Titelbild: octopusaga/shutterstock.com